

Grober Überblick

Abkürzungsverzeichnis	I
Inhaltsverzeichnis	V
Einführung	1
1. Kapitel: Die Gestaltung der betrieblichen Altersversorgung	4
2. Kapitel: Schutz gegen Auszehrung der Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung	14
3. Kapitel: Schutz gegen Änderungen der Leistungen oder der Anwartschaften in der betrieblichen Altersversorgung	35
4. Kapitel: Schutz gegen den Wertverlust der betrieblichen Altersversorgung	71
5. Kapitel: Schutz gegen Insolvenz des Arbeitgebers	89
6. Kapitel: Schutz bei Arbeitsplatzwechsel	115
7. Kapitel: Schutz bei Arbeitgeberwechsel	143
Zusammenfassung	171
Literaturverzeichnis	176

Einführung	1
1. Kapitel: Die Gestaltung der betrieblichen Altersversorgung	4
1. Abschnitt: Einführung	4
A. Rechtsnatur der betrieblichen Altersversorgung	4
B. Die Unverfallbarkeit der betrieblichen Altersversorgung	4
C. Begründung der Ansprüche auf betrieblicher Altersversorgung	5
I. Die Begründung der Ansprüche aufgrund ausdrücklichen Vereinbarung ...	5
1. Einzelvertrag	5
2. Gesamtzusage	6
3. Ansprüche aus Tarifvertrag	7
4. Betriebsvereinbarung	7
II. Die Entstehung der Ansprüche aus betrieblicher Übung oder dem Grundsatz der Gleichbehandlung	7
1. Betriebliche Übung	8
2. Gleichbehandlung	8
2. Abschnitt: Formen der betrieblichen Altersversorgung	8
A. Direktzusage	9
B. Direktversicherung	9
C. Pensionskasse	10
D. Unterstützungskasse	11
E. Überbetriebliche Einrichtungen	13
F. Höher- und Weiterversicherung	12
2. Kapitel: Schutz gegen Auszehrung der Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung	14
1. Abschnitt: Auszehrungsverbot gem. § 5 I BetrAVG	14
A. Grundgedanke	14
B. Schutzregelung des Auszehrungsverbots	16

I.	Keine Minderung oder Entziehung durch Anpassung an anderweitige Versorgungsbezüge	16
1.	Anderweitige Versorgungsbezüge	16
a.	Aufgrund Gesetzes	16
b.	Aufgrund Vertrages	16
aa.	Die Versorgungsbezüge eines anderen Arbeitgebers	17
bb.	Versicherungsleistungen aus privater Vorsorge	18
2.	Die Gründe für die Erhöhung der anderweitigen Versorgungsbezüge	18
a.	Erhöhung wegen der wirtschaftlichen Entwicklung	18
b.	Erhöhung aus anderen Gründen	18
II.	Auszehrungsverbot beim Gesamtversorgungssystem und Maximierungsklauseln	19
1.	Ausgestaltungsmöglichkeiten des Versorgungssystems	19
a.	Reine Gesamtversorgung	19
b.	Maximierungsklauseln	19
2.	Verbotene Klauseln	20
2. Abschnitt:	Schutz bei der Anrechnung der Versorgungsbezüge aus anderen Gründen	21
A.	Grundgedanke	21
B.	Schranken der Anrechnung	21
I.	Gesetzliche Regelungen	22
1.	Keine Anrechnung oder Berücksichtigung bei eigenen Beiträgen des Versorgungsempfängers gem. § 5 II BetrAVG	22
2.	Spezielle gesetzliche Anrechnungsverbote	23
3.	Ausnahme vom gesetzlichen Anrechnungsverbot	24
a.	Auf Pflichtbeiträgen beruhende gesetzliche Renten	24
aa.	Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	24
bb.	Pflichtbeiträge	24
cc.	Folge	25
b.	Rentenbeiträge, mindestens zur Hälfte bestehend aus	

	Arbeitgeberbeiträgen oder Zuschüssen	25
	aa. freiwillige Beiträge	25
	bb. Die Aufteilung der Beiträge von Arbeitgeber und Arbeitnehmer	26
	cc. Folge	27
II.	Allgemeine Grundsätze	28
1.	Arbeitnehmerschutzprinzip und gerichtliche Inhalts- und Billig- keitskontrolle	28
2.	Der Grundsatz der Gleichbehandlung	29
a.	Keine sachfremde Differenzierung	29
b.	Gleichbehandlungsgrundsatz im Gesamtversorgungssystem bzw. Höchstbegrenzungsklausel	30
3.	Vertrauensschutzprinzip	33
3. Abschnitt:	Folge des Verstoßes gegen Auszehrungsverbot und Anrechnungsverbot	34
3. Kapitel:	Schutz gegen Änderungen der Leistungen oder der Anwartschaften in der betrieblichen Altersversorgung	35
1. Abschnitt:	Die Änderungen nach Eintritt des Versorgungsfalles	35
A.	Widerruf und Kürzung der Versorgungsbezüge bei vorbehaltlosen Zusagen	35
I.	Grundgedanke	35
II.	Wirtschaftliche Schwierigkeiten des Arbeitgebers	36
1.	Zulässigkeitsvoraussetzungen	36
a.	Gefährdung des Unternehmens	37
aa.	Altersversorgung mit Rechtsanspruch	37
bb.	Altersversorgung ohne Rechtsanspruch	38
b.	Sanierungsplan	39
aa.	Maßnahmen der Sanierung	39
bb.	Gleichbehandlung bei der Sanierung	40
c.	Einschaltung des PSVaG	40
aa.	Zweck der Einschaltung	41

	bb.	Folge	41
2.		Gerichtliche Billigkeitskontrolle	42
	a.	Gleichbehandlungsgrundsatz	42
	b.	Vertrauensschutzgedanke	42
3.		Aufhebung oder Verschlechterung der Versorgungsbezüge durch ablösende Betriebsvereinbarung	42
III.		Arbeitsvertragliche Pflichtverletzung des Arbeitnehmers	44
	1.	Zulässigkeit des Widerrufs	44
		a. Allgemeiner Zulässigkeitsmaßstab	44
		b. Treupflichtverletzung während des Arbeitsverhältnis- ses	45
		c. Treupflichtverletzung nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	45
		aa. aufgrund vereinbarter Treupflicht	45
		bb. aufgrund unvereinbarter Treupflicht	45
	2.	Vertrauensschutzgedanke	47
IV.		Sozialversicherungsrechtliche Änderungen und andere rechtliche Ände- rungen	47
	1.	Wegen sozialversicherungsrechtlicher Änderungen	47
		a. Bei erhöhten Sozialrenten	48
		b. Bei verminderten Sozialrenten	48
	2.	Wegen anderer rechtlicher Änderungen bzw. geänderter Rechts- auffassungen	50
		a. Zulässigkeit des Widerrufs oder der Kürzung	50
		b. Gerichtliche Billigkeitskontrolle	50
B.		Versorgungszusage mit ausdrücklichen Widerrufs- und Kürzungsvorbehalten	51
	I.	Grundgedanke	51
	II.	Eingriffsvorbehalt durch ablösende Betriebsvereinbarung mit Jeweilig- keitsklauseln	53
	III.	Eingriff in die Versorgungszusage unter dem Vorbehalt der ablösenden Betriebsvereinbarung	53
		1. Eingriff in die kollektive Versorgungszusage	53

2.	Eingriff in die individuelle Versorgungszusage	54
a.	Eingriff in die Gesamtzusage	54
b.	Eingriff in die einzel vertragliche individuelle Zusage	55
IV.	Gerichtliche Billigkeitskontrolle	55
2. Abschnitt:	Besonderheiten der Einschränkungen des Widerrufs und der Kürzung der Versorgungsanwartschaften der aktiven Belegschaft	56
A.	Widerruf oder Kürzung der Versorgungsanwartschaften ohne Vorbehalt	57
I.	Grundgedanke	57
1.	Die Grundregelung des Bestandsschutzes der Versorgungsanwartschaft	57
2.	Bestandsschutz bei Zuwachsraten	58
II.	Wirtschaftliche Notlage des Arbeitgebers	60
1.	Die Zulässigkeit des Eingriffs in die Versorgungsanwartschaft ...	60
2.	Gerichtliche Billigkeits- bzw. Inhaltskontrolle	61
3.	Aufhebung und Verschlechterung der Versorgungsanwartschaften durch die ablösende Betriebsvereinbarung	62
a.	Die Zulässigkeit des Eingriffs in die Versorgungsanwartschaft durch ablösende Betriebsvereinbarung	62
b.	Gerichtliche Billigkeitskontrolle	63
III.	Treupflichtverletzung des Arbeitnehmers	63
1.	Die Zulässigkeitsmaßstäbe	63
a.	Eingriffsgründe	63
aa.	Arglistiges Berufen auf unverfallbare Versorgungsanwartschaft	64
bb.	Widerruf wegen grober Treupflichtverletzung nach Eintritt in die Unverfallbarkeit	64
b.	Widerruf und fristlose Kündigung	65
2.	Die Beteiligung des Betriebsrats	65
IV.	Sozialversicherungsrechtliche und andere rechtliche Änderungen	66
1.	Zulässigkeitsmaßstäbe	66
2.	Beteiligung des Betriebsrats	66

3.	Gerichtliche Billigkeitskontrolle	66
B.	Widerrufs- und Kürzungsvorbehalte der Versorgungszusage	67
3. Abschnitt:	Folge des unzulässige Widerrufs und Kürzung der Versorgungsansprüche und -anwartschaften	68
A.	Betriebliche Versorgungszusage mit Rechtsanspruch	68
I.	Haftung des Arbeitgebers	68
II.	Haftung des Versorgungsträgers	69
B.	Betriebliche Versorgungszusage ohne Rechtsanspruch	69
I.	Haftung des Arbeitgebers	69
II.	Haftung der Unterstützungskasse	70
4. Kapitel:	Schutz gegen den Wertverlust der betrieblichen Altersversorgung	71
1. Abschnitt:	Grundgedanke	71
A.	Inflationsschutz für die laufenden Leistungen der betrieblichen Altersversorgung	71
I.	Gesetzliche Gegenstände	71
1.	Laufende Leistungen	71
2.	Anrechnung der Anwartschaften und der Anwartschaftszeit	71
II.	Geltung für alle Durchführungswege	73
B.	Anpassungspflicht des Arbeitgebers	74
I.	Arbeitgeberbegriff des § 16 BetrAVG	74
II.	Anpassungspflicht des PSVaG	74
C.	Kein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats	75
2. Abschnitt:	Maßstäbe für die Anpassung der betrieblichen Altersversorgung	75
A.	Wirtschaftliche Lage des Arbeitgebers	76
I.	Der Begriff des Arbeitgebers	76
II.	Allgemeine Merkmale der "wirtschaftlichen Lage des Arbeitgebers"	76
III.	Konkretisierende Merkmale der "wirtschaftlichen Lage des Arbeitgebers" ..	77
1.	Die ABA-Modell	77
a.	Modell von 1980	77

	b.	Modell von 1986	78
	2.	Höfer/Abt-Modelle	79
	3.	Stellungnahme von Blomeyer/Otto	80
B.		Die Beachtung der Belange des Versorgungsempfängers	80
	I.	Grundgedanke	80
	II.	Berücksichtigung der Sozialversicherungsrente	81
	III.	Absolute oder relative Obergrenze	82
	IV.	Reallohnbezogene Obergrenze	84
	V.	Häftelungsprinzip	85
C.		Der Ermessensspielraum bei der Ermittlung des Anpassungsbedarfs und bei der Anpassungsentscheidung	86
	I.	Das billige Ermessen des Arbeitgebers	86
	II.	Gleichbehandlungsgrundsatz	86
	III.	Berücksichtigung der Sozialversicherungsrente	87
3. Abschnitt:		Folge der Verletzung der Anpassungspflicht des Arbeitgebers	88
5. Kapitel:		Schutz gegen Insolvenz des Arbeitgebers	89
1. Abschnitt:		Einführung	89
	A.	Grundgedanke	89
		I. Gesetzliche Regelung	89
		1. Insolvenzschutz gem. §§ 7-15 BetrAVG	89
		2. Sicherungsfälle gem. § 7 BetrAVG	90
		II. Insolvenzsicherungspflichtige Durchführungswege	90
		1. Grundsatz	90
		2. Pensionskasse als Ausnahmefall	90
		III. Persönlicher Geltungsbereich	91
		1. Grundsatz	91
		2. Versorgungsempfänger und Hinterbliebene	92
		a. Regelfall	92

	b.	Vorzeitiger Versorgungsfall	92
	3.	Versorgungsanwärter	92
B.		Gegenstand des Insolvenzschutzes	93
	I.	Versorgungsansprüche	93
		1. Grundsatz	93
		2. Umfang der insolvenzgeschützten Ansprüche	93
		a. Regelfall	93
		b. Umfang bei den verschiedenen Durchführungswegen	93
		aa. Direktversicherungen	93
		bb. Unterstützungskasse	94
		3. Höchstgrenze der Ansprüche	94
	II.	Versorgungsanwartschaften	94
		1. Grundsatz	95
		2. Umfang der insolvenzgesicherten Anwartschaften	95
		a. Regelfall	95
		b. Versorgungsanwartschaften aus sonstigen Durchführungswegen	95
		aa. Direktversicherung	95
		bb. Unterstützungskasse	96
C.		Begrenzung des Insolvenzschutzes	96
	I.	Versicherungsmissbrauch	96
	II.	Katastrophenfall	97
	III.	Verjährung der Ansprüche auf Insolvenzversicherung	97
2. Abschnitt:		Insolvenzversicherung der betrieblichen Altersversorgung (ohne Betriebsübergang)	98
A.		Ansprüche der Versorgungs- bzw. Anwartschaftsberechtigten gegen den Träger der gesetzlichen Insolvenzversicherung	98
	I.	Eintrittspflicht des Trägers der gesetzlichen Insolvenzversicherung	98
		1. Eintrittspflicht des PSVaG bei Versorgungsansprüchen	98
		a. Übergang der Versorgungsverpflichtung	98

	aa.	Zeitpunkt des Eintritts in die Versorgungsverpflichtung	98
	bb.	Rechtsfolge des Übergangs	98
	b.	Umfang der Forderungsübertragung	98
	aa.	Grundsatz	98
	bb.	Ausschluß des Forderungsübergangs	99
	c.	Spezieller Fall bei Leistungen aus Unterstützungskassen	100
	aa.	Grundsatz	100
	bb.	Umfang der Vermögensübergangs	100
2.		Besonderheiten der Eintrittspflicht des PSVaG bei Versorgungsanwartschaften	102
	a.	Übertragung der Versorgungsverpflichtung	102
	aa.	Zeitpunkt der Übertragung	102
	bb.	Rechtsfolge der Übertragung	102
	b.	Umfang des Forderungsübergangs	102
II.		Mitteilungspflicht des Trägers der gesetzlichen Insolvenzversicherung	103
	1.	Mitteilungspflicht des Trägers der gesetzlichen Insolvenzversicherung	103
	a.	Rechtsnatur und Rechtsgrundlage der Mitteilungspflicht	103
	b.	Form der Mitteilung	103
	c.	Unterbleiben der Mitteilung	103
	2.	Vertrauensschutz des Versorgungs- und Anwartschaftsberechtigten aufgrund schuldhaft versäumter bzw. fehlerhafter Mitteilung	104
	a.	Die Voraussetzungen des Vertrauensschutzes	104
	b.	Umfang des Schadensersatzes	105
III.		Erlöschen des Versorgungsanspruchs gegen PSVaG	105
	1.	Regelfall	105
	2.	Erlöschen bei verschiedenen Sicherungsfällen	106
	a.	Im Fall der Beendigung des Konkursverfahrens	106

	b.	Im Fall der Beendigung des gerichtlichen oder außergerichtlichen Vergleichs	106
	c.	Im Fall der Besserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeitgebers	106
B.		Ansprüche der Versorgungs- und Anwartschaftsberechtigten gegen andere Versorgungsverpflichtete	107
	I.	Grundsatz	107
	II.	Erlöschen der Versorgungsansprüche der Berechtigten gegen den jeweiligen Versorgungsträger	107
3. Abschnitt:		Insolvenzschutz bei der Betriebsveräußerung im Rahmen des Konkurses bzw. gerichtlichen Vergleichsverfahrens	108
A.		Grundgedanke	108
	I.	Regelfall	108
	II.	Die analoge Anwendung bei sonstigen Sicherungsfällen	108
B.		Insolvenzschutz der Versorgungsleistungen nach Eintritt in den Ruhestand bei der Eröffnung des Konkursverfahrens	110
	I.	Ansprüche der Versorgungsberechtigten gegen den Erwerber	110
	II.	Ansprüche der Versorgungsberechtigten gegen den Träger der gesetzlichen Insolvenzversicherung	110
	III.	Ansprüche der Versorgungsberechtigten gegen den Betriebsveräußerer ..	111
C.		Insolvenzschutz der Versorgungsanwartschaften bei Eröffnung des Konkursverfahrens für die aktive Belegschaft	111
	I.	Grundgedanke	111
		1. Regelfall	111
		2. Umfang der Versorgungsanwartschaften gegen den PSVaG	112
	II.	Ansprüche der übernommenen Arbeitnehmer gegen den Betriebserwerber	112
	III.	Ansprüche der übernommenen Arbeitnehmer gegen den Betriebsveräußerer	113
6. Kapitel:		Schutz bei Arbeitsplatzwechsel	115
1. Abschnitt:		Schutz gegen Änderungen der Versorgungszusage nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	115
A.		Eingriff in die Versorgungsanwartschaft bei vorbehaltlosen Zusage	115

	b.	Zustimmung des ausgeschiedenen Arbeitnehmers	126
	aa.	Grundsatz	126
	bb.	Zeitpunkt der Zustimmung	127
	2.	Umfang	128
	a.	Die Höhe der Abfindungssumme	128
	b.	Teilabfindung der Versorgungsanwartschaft	128
	III.	Folge bei Verletzung des Abfindungsverbots	129
B.		Anpassung nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	130
3. Abschnitt:		Schutz der Versorgungsanwartschaft gegen die Übernahme der Verbindlichkeit	130
A.		Die Übernahme von künftigen Versorgungsverpflichtungen mit Rechtsanspruch	131
	I.	Grundgedanke	131
	1.	Rechtsgrundlage und Zweck	131
	2.	Geltung für alle Durchführungswege	131
	3.	Begrenzung des Übernahmeverbots	131
	a.	Tarifvorrang	132
	b.	Einschaltung des PSVaG	132
	II.	Übertragungserlaubnis	132
	1.	Übernahmeberechtigte Versorgungsträger	133
	2.	Zustimmungserfordernis des Arbeitnehmers	133
	a.	Grundsatz	134
	b.	Zeitpunkt der Zustimmung	135
B.		Besonderheiten der Übernahme von künftigen Versorgungsverpflichtungen ohne Rechtsanspruch	135
	I.	Die Versorgungszusage durch Unterstützungskasse	135
	1.	Übertragungsberechtigte Versorgungsträger	135
	a.	Grundsatz	135
	b.	Teleologische Reduktion des § 4 II BetrAVG	135
	2.	Übernahmeberechtigte Versorgungsträger	136

II.	Die sonstige Versorgungszusage ohne Rechtsanspruch	136
C.	Rechtsfolge der Übernahme	137
I.	Leistungszahlung	137
1.	Leistungsanspruch gegen den alten Arbeitgeber	137
2.	Leistungsanspruch gegen den neuen Arbeitgeber	137
a.	Grundsatz	137
b.	Inhaltsänderung	137
II.	Beitragszahlung zur gesetzlichen Insolvenzversicherung	138
1.	Grundsatz	138
2.	Beitragspflicht des alten Arbeitgebers	138
3.	Beitragspflicht des neuen Arbeitgebers	139
III.	Anpassung gem. 16 BetrAVG	139
1.	Grundsatz	139
2.	Wegfall der Anpassungspflicht	140
4. Abschnitt:	Schutz gegen Insolvenz des Arbeitgebers	141
A.	Insolvenzversicherung der betrieblichen Altersversorgung (ohne Betriebsübergang) ..	141
B.	Insolvenzschutz bei der Betriebsveräußerung im Rahmen des Konkurses bzw. gerichtliche Vergleichsverfahrens	141
7. Kapitel:	Schutz bei Arbeitgeberwechsel	143
1. Abschnitt:	Gesamtrechtsnachfolge	143
A.	Begriff und Regelung einer Gesamtrechtsnachfolge	143
B.	Rechtsfolge einer Gesamtrechtsnachfolge	143
2. Abschnitt:	Bestandsschutz der Versorgungsanswartschaften der aktiven Belegschaft bei Einzelrechtsnachfolge	144
A.	Bei Betriebsübergang gem. § 613a BGB	144
I.	Grundgedanke	144
1.	Begriff und Regelung des Betriebsübergangs	144
2.	Persönlicher Geltungsbereich	144

3.	Durchführungswege	145
4.	Die Berechnung von Betriebszugehörigkeiten Anwartschaften ...	145
a.	Versorgungsanwartschaften	145
b.	Betriebszugehörigkeiten	145
5.	Einschränkung oder Aufhebung der Versorgungszusage bei Betriebsübergang	146
a.	Zulässigkeit	146
b.	Rechtsinstitut	146
aa.	Abänderungsvertrag	147
bb.	Änderungskündigung	148
cc.	Beteiligung des Betriebsrats	148
II.	Haftung des Betriebserwerbers	149
1.	Individuelle Regelung	149
2.	Kollektivregelung	149
a.	Individualrechtliche Weitergeltung	149
b.	Ordnungsprinzip	150
c.	Vertrauensschutz	150
aa.	Vertrauensschutz bei Betriebsvereinbarung ...	150
bb.	Vertrauensschutz bei Tarifvertrag	152
III.	Haftung des Betriebsveräußerers	152
1.	Nachhaftung des Betriebsveräußerers	152
2.	Umfang und Frist der Nachhaftung	152
IV.	Haftung des ausscheidenden Gesellschafters einer Personalgesellschaft ..	153
1.	Nachhaftung des ausscheidenden Gesellschafters	153
2.	Umfang und Verjährung der Nachhaftung	154
a.	Umfang der Nachhaftung	154
b.	Verjährung der Nachhaftung	154
3.	Nachhaftung des ausscheidenden Gesellschafters beim Betriebsübergang	155
B.	Bei Arbeitgeberwechsel aus anderen Gründen	157

	I.	Grundgedanke	157
	II.	Firmenfortführung	157
		1. Haftung des Erwerbers	158
		2. Haftung des Veräußerers	158
		3. Haftung des ausscheidenden Gesellschafters	160
	III.	Vermögensübernahme	160
3. Abschnitt:		Bestandsschutz der Versorgungsansprüche oder -anwartschaften der Pensionäre bzw. der ausgeschiedenen Arbeitnehmer bei Einzelrechtsnachfolge	161
	A.	Beim Betriebsübergang gem. § 613a BGB	161
		I. Haftung des Betreiberwerbers	162
		II. Haftung des Betriebsveräußerers	162
			162
		1. Leistungspflicht	162
		2. Anpassungspflicht	162
		III. Haftung des ausscheidenden Gesellschafters	164
	B.	Arbeitgeberwechsel aus anderen Gründen	164
		I. Grundgedanke	164
		II. Firmenfortführung	164
			164
		1. Haftung des Betriebserwerbers	164
		2. Haftung des Betriebsveräußerers	165
		3. Haftung des ausscheidenden Gesellschafters	165
		III. Vermögensübergang	166
			167
		1. Haftung des Betriebserwerbers	167
		2. Haftung des Veräußerers und des ausscheidenden Gesellschafters	167
		IV. Rechtsgeschäftliche Haftungsvereinbarungen	167
			168
		1. Schuldübernahme	168
		2. Schuldbeitritt	168
		3. Vertragsübernahme	169
		Zusammenfassung	171

	I.	Bei wirtschaftliche Schwierigkeiten des Arbeitgebers	115
	II.	Bei Treuepflichtverletzung des Arbeitnehmers	116
		1. Die Treuepflichtverletzung während des Arbeitsverhältnisses ...	116
		2. Die Treuepflichtverletzung nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	135
		a. Bei vereinbarter Treuepflicht	117
		b. Bei nicht vereinbarter Treuepflicht	117
	III.	Bei sozialversicherungsrechtlicher oder sonstiger rechtlichen Änderungen	119
	B.	Versorgungszusage mit ausdrücklichen Widerrufs- oder Kürzungsvorbehalten ...	119
		I. Die ablösende Betriebsvereinbarung mit Jeweiligkeitsklausel	119
		II. Die ablösende Betriebsvereinbarung ohne Jeweiligkeitsklausel	120
2. Abschnitt:		Schutz gegen den Wertverlust bei und nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ..	120
	A.	Abfindung bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses	121
		I. Grundgedanke	121
		1. Zweck und Regelung des Abfindungsverbots	121
		2. Anwendung bei verschiedenen Durchführungswegen	121
		a. Unterstützungskassen	121
		b. Direktversicherung	122
		c. Pensionskassen	123
		3. Der Aufhebungsvertrag bzw. die Ausgleichsquittung und die Abfindung	123
		4. Begrenzung des Abfindungsverbots	124
		a. Tarifvorrang	124
		b. Abfindung bei Betriebsstillegungen und Betriebsübertragung	124
		c. Gesetzliche Ausnahme	125
		II. Umfang und Voraussetzungen der Abfindung	126
		1. Voraussetzungen	126
		a. Zusagedauer	126